

Georg Restle. Der ARD-Frontmann verwöhnt mit einer ganz speziellen Art „Journalismus“.

Agitation und Propaganda

Ronald Berthold

Als kürzlich Zeit-Redakteurin Mariam Lau wegen ihrer vom Konsens abweichenden Betrachtung der Flüchtlings-Seenotrettung ins Visier empörter Journalisten und Leser geriet, war er wieder vorn dabei: Georg Restle, Chef des ARD-Magazins „Monitor“, unterstellte ihr auf Twitter indirekt, „den Tod von Flüchtlingen billigend in Kauf“ zu nehmen. In der weiteren Debatte um Laus Beitrag fragte ein anderer Journalist sogar, ob man sie nicht „auf offener Straße erschießen“ solle.

Restle wird gern polemisch: Einen Mini-Schwenk der Kanzlerin in der Politik der offenen Grenzen kommentierte er in den „Tagesthemen“ als eine „einzige Schande, für dieses Land und den Kontinent“. Der 1965 im schwäbischen Esslingen geborene Jurist ist einer der führenden Einwanderungspropagandisten. In „Monitor“ kritisierte er etwa, daß weniger Flüchtlinge über das Mittelmeer kommen: „Zu welchem Preis? Fest steht, Europa schottet sich jetzt endgültig ab!“, klagte er und guckte böse. Daß er von allen Gebührendzahlern finanziert wird, ignoriert Restle. Er macht Fernsehen für eine moralinsaure Klientel. Der Rest schaut in die Röhre.

Zwar war „Monitor“ immer schon ein linkes Fernsehmagazin, aber seit er es 2012 übernommen und mit Anja Reschke eine kongeniale Partnerin in Sachen Agitation und Propaganda an der Seite hat, ist die Sendung zum Format der Sekte der Bahnhofsklatscher verkommen.

Auch die sozialen Netzwerke nutzt der einst bei einem Piratensender angeheuerte Journalist für den politischen Kampf: Auf Facebook wandte er sich vor gut zwei Jahren an Parteichef Sigmar Gabriel und forderte eine weitere Linksversion der SPD. Das schrieb er 15 Monate bevor die AfD in den Bundestag einzog und das Parlament einer einzigen „Refugees welcome“-Party glich. Dennoch meinte er, das „politische Koordinatensystem“ habe sich „längst nach rechts bewegt“. Restle definiert seine Rolle eben mehr als Aktivist denn als Berichterstatter. Und das weit über seine Sendung hinaus.

Den Grünen Boris Palmer sah er im „tiefbraunen Sumpf“, als dieser twitterte: „Auffällig ist, daß die Gruppe der Zuwanderer (hier: Asylbewerber) überdurchschnittlich häufig an Straftaten beteiligt ist.“ Der Tübinger OB hatte sich auf sexuelle Übergriffe von Flüchtlingen während eines Volksfestes bezogen.

Im März versuchte Restle sogar, sich in die Berichterstattung der FAZ einzubringen. Als diese die Kosten von jährlich 60.000 Euro für jeden minderjährigen unbegleiteten Flüchtling veröffentlichte, twitterte er: „Geht’s noch unseriöser?“ Er sprach dagegen von 5.600 Euro im Jahr – und blamierte sich. Die FAZ-Zahl beruhte auf einer Berechnung des Bundesverwaltungsamtes. Seriöser geht’s also wohl kaum. Der Vorwurf schlug wie ein Bumerang auf Restle zurück. Aber wenn’s um die „gute Sache“ geht, dürfen Fake News wohl schon mal sein.